

Alarmstufe Rot: Volksanwaltschaft warnt vor Personalmangel in Verwaltung!

Die Volksanwaltschaft warnt vor den Folgen des Personalmangels in Österreichs Verwaltung; zentrale Themen sind Asylverfahren und Gesundheitsversorgung.



Wien, Österreich - Der Personalmangel im öffentlichen Dienst in Österreich nimmt alarmierende Ausmaße an und wird zunehmend zur Herausforderung für die Verwaltung und den Menschenrechtsschutz. Die Volksanwaltschaft hat in ihrem aktuellen Bericht, der im Ausschuss für Menschenrechte und Volksanwaltschaft vorgestellt wurde, die Folgen dieser Entwicklung aufgezeigt. Besonders kritisch sind die Zustände in den Bereichen Asylverfahren, Justizvollzug und Gesundheitsversorgung, wie **ots.at** berichtet.

Insgesamt gingen im Jahr 2024 etwa 24.000 Beschwerden bei der Volksanwaltschaft ein, wobei 20 % der Prüfverfahren Missstände aufwiesen. Anstieg der Beschwerden wurden

insbesondere im Bereich des Asyl- und Fremdenrechts verzeichnet, während Gesundheitsversorgung und Justizvollzug ein weiteres Hauptthema darstellen. An den Justizanstalten kritisieren die Volksanwält:innen vor allem die Überbelegung und den eklatanten Personalmangel, was zu einem Druck auf die verbleibenden Mitarbeiter führt.

Personalmangel im Justizbereich

Aktuell fehlen bundesweit etwa 2.000 Justizvollzugsbeamtinnen und -beamte, wobei die Justizvollzugsanstalt Rohrbach als Beispiel dient. Annabel Franzen, die Leiterin der Einrichtung, berichtet, dass im Schichtbetrieb 200 Beamte bis zu 500 Inhaftierte betreuen müssen, wobei 17 Stellen unbesetzt sind. Dies hat zur Folge, dass Freizeit- und Behandlungsangebote für Gefangene eingeschränkt werden, um die Sicherheit sowohl der Insassen als auch des Personals zu gewährleisten, wie [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de) festhält.

Die Gewerkschaft fordert nicht nur bessere Bezahlung, sondern auch mehr Aufstiegsmöglichkeiten und flexiblere Arbeitsmodelle, um den Beruf attraktiver zu gestalten. Die Situation wird sich voraussichtlich weiter zuspitzen, da in den nächsten Jahren zahlreiche Beamte in den Ruhestand gehen werden. Ein mangelndes Interesse junger Menschen an Berufen im Justizvollzug wird zudem als problematisch wahrgenommen, was die bereits angespannte Personalsituation weiter verschärfen könnte.

Übergreifender Personalmangel im öffentlichen Dienst

Der Personalmangel beschränkt sich jedoch nicht nur auf den Justizbereich. Laut dem dbb fehlen derzeit mindestens 551.500 Beschäftigte im gesamten öffentlichen Dienst in Österreich. Betroffen sind entscheidende Sektoren wie Bildung, Gesundheit und innere Sicherheit, sowie die Infrastruktur. Diese

Entwicklungen stellen auch die Kommunen vor neue Herausforderungen, insbesondere im Hinblick auf steigende Schülerzahlen durch Migrationsdruck und die Grundsteuerreform, wie [dbb.de](https://www.dbb.de) analysiert.

Die Volksanwaltschaft warnt eindringlich vor den Folgen dieser alarmierenden Entwicklung. Die Abgeordneten haben den Tätigkeitsbericht 2024 einstimmig zur Kenntnis genommen und betonen die Notwendigkeit, mit Bürger:innen auf Augenhöhe zu kommunizieren. Ein Handlungsbedarf besteht vor allem in der Unterstützung von Kindern und Jugendlichen, aber auch in der Gesundheitsversorgung für Betroffene von postviralen Erkrankungen.

In einem breiteren Kontext wird auch gefordert, die Anzahl der Aufgaben in der Verwaltung zu reduzieren und digitale Prozesse zu fördern, um die Attraktivität des öffentlichen Dienstes zu erhöhen. Die Menschenrechtssituation in Österreich könnte sich weiterhin verschlechtern, wenn die dringend benötigten Reformen und Personalaufstockungen nicht schnellstmöglich umgesetzt werden.

Details	
Vorfall	Personalmangel
Ort	Wien, Österreich
Quellen	<ul style="list-style-type: none">• www.ots.at• www.tagesschau.de• www.dbb.de

Besuchen Sie uns auf: [die-nachrichten.at](https://www.die-nachrichten.at)